

Sitzungsniederschrift

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 07.02.2024
Sitzungsort:	Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Sitzungsdauer:	14:30 Uhr - 17:25 Uhr
Art der Sitzung:	öffentlich

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

Niederschriftführer

Vorsitzender

Arno Fickus

Hans-Ulrich Ihlenfeld
Landrat

Anwesend waren:

Landrat Ihlenfeld	als Vorsitzender
Jordan, Timo	Erster Kreisbeigeordneter
Hoffmann, Sven	Kreisbeigeordneter
Pfuhl, Reinhold	Kreisbeigeordneter

Mitglieder CDU-Fraktion

Bechtel, Torsten
Groß, Birgit
Kretner, Ralf
Lorch, Lothar
Lubenau, Peter (fehlte entschuldigt)
Meyer, Tobias
Rüttger, Frank
Schanzenbäcker, Elke
Schindler, Norbert
Schneider, Klaus (bis TOP 2)
Steiniger, Johannes
Wagner, Klaus
Wolf, Markus
Zaczkiewicz, Petra

Mitglieder SPD-Fraktion

Ballhausen, Stephan, Dr.
Drewitz, Maria (fehlte entschuldigt)
Gabrisch, Lara (fehlte entschuldigt)
Geis, Ruth
Glogger, Christoph
Hauenstein, Martina
Mackensen-Geis, Isabel (fehlte entschuldigt)
Niederhöfer, Reinhold
Schenk, Stephan
Wode-Buser, Martina

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Bär, Eva
Bäumel, Horst
Blöhs, Joachim
Magez, Pirmin
Messner-Vogelgesang, Ellen
Schneider, Wolfgang
Werner, Pia

Mitglieder FWG-Fraktion

Adam, Johannes
Freunscht, Jürgen
Gauch, Hanns
Nagel, Arnold
Oberholz, Jürgen
Stähly, Johannes

Mitglieder AfD-Fraktion

Kräher, Wolfgang
Nieland, Iris
Stuhlfauth, Peter (fehlte entschuldigt)
Walther, Elina (fehlte entschuldigt)
Weisbrodt, Thomas, Dr.

Mitglieder FDP-Fraktion

Dick-Walther, Petra
Langensiepen, Heidi
Schrank, Edwin

Mitglied Die Linke

Freunscht, Michael

Verwaltung:

Herr Martin,	Ltd. Staatl. Beamter
Herr Fickus,	Abteilung 1, Niederschriftführer
Herr Appel,	Abteilung 1
Herr Heil,	Abteilung 1
Herr Mertens,	Stv. Vorsitz Personalrat
Frau Estelmann,	Pressereferentin

Gäste:

Frau Schindler Nickel,	Presse
Herr Stipp,	Forstamt Bad Dürkheim

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 011/2024
3. Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion
4. Nachhaltige Waldbewirtschaftung; Bericht Landesforsten Rheinland-Pfalz
Vorlage: 015/2024

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er weist weiterhin darauf hin, dass diese Sitzung gem. § 1a der Hauptsatzung des Landkreises Bad Dürkheim live im Internet zu sehen ist (Livestream) und im Nachgang einen Monat lang im Youtube-Kanal des Landkreises abrufbar bleibt. Ausschließlicher Aufnahmebereich ist der Vorstandstisch und das Rednerpult. Der Vorsitzende weist nochmals darauf hin, dass jede Person im Raum jederzeit einer Aufnahme der vor ihr getätigten Äußerungen widersprechen kann, die Aufnahme bzw. das Livestreaming wird in diesem Fall für die Dauer des Beitrages der betreffenden Person ausgeschaltet.

Die Aufzeichnung und der Livestream werden gestartet.

Auf Befragen wurden keine weiteren Wünsche zur Tagesordnung gestellt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 07.02.2024

Sitzung / Abstimmung:		
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/> über Umlaufverfahren
_ JA -Stimmen	_ Nein -Stimmen	_ Enthaltungen

Tagesordnung:

Einwohnerfragestunde

Ausschlussgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Fragen von Einwohnern im Sinne des § 22 der Geschäftsordnung des Kreistages lagen nicht vor.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

Drucksache **011/2024**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 07.02.2024

Abstimmung zu 1.:

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/> über Umlaufverfahren
23 JA-Stimmen	13 Nein-Stimmen	5 Enthaltungen

Abstimmung zu 2.:

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/> über Umlaufverfahren
_ JA-Stimmen	_ Nein-Stimmen	3 Enthaltungen

Tagesordnung:

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 011/2024

Beschluss:

- Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Jahr 2024 werden in der vorberatenden Form beschlossen.
- Für den Landkreis wird eine Haushaltskonsolidierungskommission aus Mitgliedern der Kreistagsfraktionen, des Kreisvorstandes und der Verwaltung gebildet. Dazu wird auf die Struktur des Workshop Controlling zurückgegriffen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende geht in seiner Haushaltsrede auf den hohen Fehlbetrag im Ergebnishaushalt, in Summe 22,4 Mio. € ein und erläutert die Gründe für diese Unterdeckung detailliert. Die entsprechenden Bedarfsansätze der Kommunen im Landkreis wurden dem Kreistag bereits in der Dezembersitzung des vergangenen Jahres, zur Abwägung mitgeteilt. Er stellt hierzu klar heraus, dass die kommunale Familie chronisch und strukturell unterfinanziert ist. Hinsichtlich des Kommunalen Entschuldungsfonds muss leider festgestellt werden, dass dieser die Vorstellung einer Haushaltskonsolidierung nicht erfüllt hat. Die Steigerung der Liquiditätskredite wurde zwar gebremst, das Ziel einer Gesamtkonsolidierung der Kreisfinanzen bis zu Jahr 2026 jedoch eindeutig verfehlt. Auch das nun aufgelegte Programm „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz“ wird wohl kaum eine spürbare Verbesserung bringen, da die Mittel für die anteilige Übernahme von Liquiditätskrediten prognostisch durch die voraussichtlichen Jahresfehlbeträge in zwei Jahren verpuffen werden. Der Kreis hat die Anregungen der ADD aus dem Haushaltsvorgespräch zum Anlass genommen, in den nächsten Monaten eine detaillierte Aufgabenprüfung durchzuführen und einen Maßnahmenkatalog zu einer möglichen Haushaltskonsolidierung zu erarbeiten. Es wird aber auch vom Land eine umfassende Aufgabenkritik und eine Überprüfung der gesetzlichen Standards erwartet. Als notwendig wird ein Abbau von Standards, Beachtung des Konnexitätsprinzips und eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit in den Verwaltungen erachtet. Intern schlägt der Vorsitzende vor, den Workshop Controlling um eine Haushaltskonsolidierungskommission zu erweitern, der sich gemeinsam mit der Verwaltung umgehend mit der Erarbeitung eines Konsolidierungspfades befassen wird.

Hinsichtlich der Kreisumlage zeigt der Vorsitzende nochmals auf, dass die Erhöhung um 2 Prozentpunkte einen Betrag von ca. 3,6 Mio. € ergibt. Im Gesamten ergibt sich hierdurch zwar kein Haushaltsausgleich, jedoch besteht die berechtigte Hoffnung, dass durch die Erhöhung der Haushalt eine Genehmigung erfährt und der Kreis damit handlungsfähig bleibt.

Aus Sicht der CDU-Fraktion bringt der Kommunale Finanzausgleich in der aktuellen Fassung keine Verbesserungen, sondern eine Verschlechterung für den Kreis, teilt Kreistagsmitglied Wolf mit. Für den Kreis stellt er fest, dass dieser seine Aufgaben, als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger, vollumfänglich erfüllt und dies trotz der schwierigen finanziellen Situation. Durch die Übertragung immer neuer Aufgaben auf die Kreise und die Anhebung von Standards, wobei im Gegenzug jedoch keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, werden auf Dauer alle Landkreise überlastet. Hier sieht die Fraktion die Landespolitik in der Pflicht zu handeln. Die Anhebung der Kreisumlage ist aus Sicht der Fraktion ein schmerzhafter, aber leider notwendiger Schritt um die Genehmigung des Haushaltes sicherzustellen. Grundsätzlich werde die Bildung einer Konsolidierungskommission begrüßt um Strukturen und Arbeitsweisen auf den Prüfstand zu stellen. Grundsätzlich sollten Stellen in der Verwaltung nur geschaffen

werden, wenn dies notwendig ist, die Fraktion sieht dies beim vorliegenden Stellenplan als gegeben an. Der Beschlussvorschlag wird von der Fraktion mitgetragen, teilt Wolf mit.

Auch für die SPD-Fraktion gründet die finanzielle Unterdeckung des Kreises auf Faktoren, auf die dieser keinen Einfluss habe, wie Kreistagsmitglied Niederhöfer ausführt. Es ist eine chronische Unterfinanzierung von Bund und Land für Pflichtaufgaben, die diese den Kreisen übertragen, festzustellen. Im Gesamtbild weist Niederhöfer aber auch auf die diversen Förderprogramme hin, die den Kreisen zugutekamen, welche jedoch nicht die Gesamtbelastung abfangen. Im Fazit stellt die Fraktion fest, dass die aktuelle Systematik so keine weitere Anwendung finden kann. Die Erhöhung der Kreisumlage falle auch der SPD-Fraktion schwer, jedoch ist diese notwendig und ein Ausdruck des kommunalen Zusammenhaltes. Niederhöfer stellt fest, dass der Beschluss des vorliegenden Haushaltes erfolgen muss, um den Stillstand zu verhindern.

Kreistagsmitglied Gauch stellt fest, dass die Problematik der fehlenden Mittel zur Aufgabenerledigung nicht neu sei, die FWG-Fraktion sehe dies jedoch beim vorliegenden Haushalt in einer dramatischen Dimension. Er kritisiert, wie auch in den letzten Jahren, den Personalaufwuchs in der Verwaltung und erwartet hier eine Aufgabenkritik. Hinsichtlich der Kreisumlage wäre zur Deckung des Defizits eine Erhöhung um 16 Prozentpunkte notwendig, daher stelle sich der Fraktion die Frage was die zweiprozentige Erhöhung überhaupt bringe. Da die Verbesserung für den Kreis nur marginal sei, im Gegenzug aber die Belastung für die Gemeinden hoch ist, werde die Fraktion dem Haushalt und damit der Erhöhung nicht zustimmen.

Kritisch sieht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Anstieg des Personals ohne eine auskömmliche Gegenfinanzierung, teilt Kreistagsmitglied Werner mit. Neben anderen Faktoren, ist dies ein Kostentreiber, der den Schuldenberg des Kreises stetig wachsen lässt. Aus Sicht der Fraktion hätten zumindest die Energiekosten durch frühzeitige energetische Sanierungsmaßnahmen, Umstellung auf LED-Beleuchtung und Einsatz von Photovoltaikanlagen auf ein erträgliches Maß reduziert werden können. Die Fraktion werde daher den vorliegenden Haushalt nicht mittragen.

Eine dauerhafte Erhöhung der Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich fordert für die AfD-Fraktion Kreistagsmitglied Kräher. Darüber hinaus sollte die Zweckbindung von Zuweisungen entfallen, da hier vor Ort die Fachkenntnis liege, wo Mittel am sinnvollsten einzusetzen sind. Der Kreis sollte auch bereit sein, Aufgaben abzulehnen; zwar gebe es hierfür keine großen Chancen, wäre jedoch aus Sicht der Fraktion ein starkes Zeichen gegenüber Bund und Land.

Zu den erfolgten Nachjustierungen am Haushalt stelle sich für die FDP-Fraktion die Frage, warum nicht von vorneherein andere Ansätze gewählt wurden, teilt Kreistagsmitglied Langensiepen mit. Für die Fraktion gefährdet die finanzielle Belastung die verfassungsrechtliche Garantie der Kommunalen Selbstverwaltung, da im Ergebnis keinerlei Handlungsspielraum mehr gegeben ist.

Zur Bildung der Haushaltskonsolidierungskommission schlägt der Vorsitzende folgenden Wortlaut zum Beschluss vor:

„Für den Landkreis wird eine Haushaltskonsolidierungskommission aus Mitgliedern der Kreistagsfraktionen, des Kreisvorstandes und der Verwaltung gebildet. Dazu wird auf die Struktur des Workshop Controlling zurückgegriffen.“

Der Vorsitzende stellt zunächst den Haushalt und anschließend den vorgenannten Beschlussvorschlag getrennt zur Abstimmung.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 07.02.2024

Sitzung / Abstimmung:

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/> über Umlaufverfahren
29 JA-Stimmen	11 Nein-Stimmen	_ Enthaltungen

Tagesordnung:

Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, die Einführung einer Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu prüfen und dem Kreistag alsbald über die Möglichkeiten der Umsetzung zu berichten und ggf. weitere Beschlüsse zur Einführung vorzubereiten.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Kreistagsmitglied Wolf begründet kurz den Antrag der CDU-Fraktion, insbesondere solle der Landkreis vorbereitet sein, kurzfristig die Umsetzung eine Bezahlkarte durchführen zu können.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht den Antrag aufgrund der aktuellen Entwicklung als überflüssig an, teilt Kreistagsmitglied Bäuml mit. Die Fraktion gehe

davon aus, dass die Verwaltung ohnehin die notwendigen Vorbereitungen trifft. Kritisch werde jedoch gesehen, dass die Möglichkeit bestehe, dass die örtliche Beschränkung der Bezahlfunktion die Bewegungsfreiheit der Betroffenen einschränken könnte.

Auch die FDP-Fraktion sieht es als Selbstverständlichkeit an, dass die Verwaltung sich mit der Umsetzung der Maßnahme befassen wird, sobald hierzu auf Landesebene die entsprechenden Entscheidungen gefallen sind, teilt Kreistagsmitglied Langensiepen mit.

Für die SPD-Fraktion stellt der Antrag kein unnötiges Thema dar, sondern es werde als Sachverhalt verstanden über den zu beraten ist, gerade weil es noch so viele Unklarheiten gibt, stellt Kreistagsmitglied Niederhöfer fest. Auch sieht die Fraktion eine gewisse Erwartungshaltung in der Bevölkerung, dass sich die Politischen Gremien mit dem Thema Bezahlkarte befassen.

Kreistagsmitglied Kräher teilt mit, dass aus Sicht der AfD-Fraktion der Antrag in die richtige Richtung gehe, die Rahmenbedingungen und alles weitere Notwendige, werde sich im nun folgenden Prozess noch ergeben.

Für die FWG-Fraktion stellt sich die Frage, ob Bürokratie durch die Einführung der Bezahlkarte tatsächlich abgebaut werde, teilt Kreistagsmitglied Gauch mit. Grundsätzlich werde der Antrag unterstützt, bei einem zu großen Verwaltungsaufwand würde die Fraktion sich aber gegen eine Einführung aussprechen. Ergänzend fordert Kreistagsmitglied Nagel, dass in Fall von Mehrkosten für den Kreis, diese von Bund oder Land ausgeglichen werden müssen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist Kreistagsmitglied Magez darauf hin, dass die Einführung der Bezahlkarte im Grunde bereits beschlossen ist und ohnehin umgesetzt werden wird. Daher erachte die Fraktion den Antrag eher populistisch, denn sachlich.

Aufgrund bisher ausbleibender Informationen seitens des Landes, begrüßt Kreisbeigeordneter Hoffmann den Antrag. Ein entsprechend positiver Beschluss über den Antrag, dokumentiere gegenüber den entsprechenden Stellen in der Landesregierung, dass die Umsetzung der Karte zügig und transparent voranzutreiben ist.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 4

Drucksache **015/2024**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 07.02.2024

Sitzung / Abstimmung:

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	<input type="checkbox"/> über Umlaufverfahren
_ JA -Stimmen	_ Nein -Stimmen	_ Enthaltungen

Tagesordnung:

Nachhaltige Waldbewirtschaftung; Bericht Landesforsten Rheinland-Pfalz
Vorlage: 015/2024

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Leiter des Forstamtes Bad Dürkheim, Herr Frank Stipp, geht in einer Präsentation auf den Themenkomplex „Wald im Klimawandel“ ein und beantwortet hierzu aufkommende Fragen. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.